

DIE LINKE.

**In den
Landtag!**

Damit die
Arroganz
der Macht ein
Ende findet.

www.dielinke-in-den-landtag.de

Damit die Arroganz der Macht ein Ende findet

Ob Stuttgart 21 oder der Kauf von EnBW-Anteilen unter Umgehung des Parlaments: in beiden Fällen haben die regierenden Politiker die Demokratie wieder einmal mit Füßen getreten. CDU und FDP verfolgen in Baden-Württemberg seit vielen Jahren eine Politik der Bevormundung der Bevölkerung. Sie orientieren sich am obrigkeitstaatlichen Denken, das die Bürgerinnen und Bürger zu Bittstellern macht. Grund: Mächtige Lobbyisten bestimmen die Entscheidungen.

DIE LINKE verlangt, dass wichtige politische Beschlüsse künftig nur noch unter Einbeziehung aller Bürgerinnen und Bürger getroffen werden. Aus der Lobby- und Zuschauer-Demokratie muss eine echte Mitbestimmungs-Demokratie werden. Dazu gehören vor allem auch Formen der direkten Demokratie.

Das will DIE LINKE:

- Landesweite Volksbegehren und Volksentscheide werden ermöglicht – durch die Abschaffung unnötiger bürokratischer Hürden, die sie bislang bewusst verhindern.
- Auch in den Städten und Gemeinden müssen Bürgerbegehren erleichtert werden. Bauleitpläne dürfen davon nicht ausgenommen bleiben, weil gerade große Bauprojekte den Nerv der Bürgerschaft treffen. Das macht das Beispiel Stuttgart 21 deutlich.
- Wie bei Wahlen soll auch bei Bürgerentscheiden allein die Mehrheit der Abstimmenden entscheiden. Es darf nicht mehr möglich sein, dass ein Gemeinderat das Recht hat, die Entscheidung der Bürger zu ignorieren.
- Bürgerbegehren und Bürgerentscheide werden auch auf Landkreisebene ermöglicht. Das hat die schwarz-gelbe Landesregierung im Gegensatz zu anderen Bundesländern bis heute verhindert.

Wahlrecht ab dem 16. Lebensjahr

DIE LINKE möchte das allgemeine Wahlrecht in Baden-Württemberg auf alle Menschen ab dem 16. Lebensjahr ausdehnen. Denn Jugendliche sollen so früh wie möglich über ihre Zukunft mitbestimmen können. Das Wahlrecht soll endlich für alle gelten, die hier ihren Lebens- und Arbeitsmittelpunkt haben, auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Um die Arroganz der Mächtigen zu bremsen, wird DIE LINKE ein Gesetz in den Landtag einbringen, das allen Einwohnerinnen und Einwohnern einen Rechtsanspruch auf freien Zugang zu amtlichen Informationen gewährt. Die Klüngerlei hinter verschlossenen Türen unter dem Vorwand des »Amtsgeheimnisses« hat dann ein Ende.

Die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, wie sie von der schwarz-gelben Landesregierung angestrebt wird, muss verhindert werden. Auch die skandalöse Video-Überwachung von Bürgerinnen und Bürgern gehört abgeschafft.

DIE LINKE.

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart
Telefon: 0711/24 10 45, Fax: 0711/24 10 46
info@die-linke-bw.de

www.dielinke-in-den-landtag.de
Spendenkonto: DIE LINKE Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ: 60010070
Kontonummer: 289 582 700
V.i. S. d. P. Bernhard Strasdeit